



JBN Landesvorstand

Antrag zur Frühjahrs-Jugendvollversammlung 2014

Positionspapier Freihandelsabkommen / TTIP

1 Mit dem Transatlantischen Freihandelsabkommen, auch TTIP oder TAFTA
2 genannt, soll zwischen der EU und den USA die größte Freihandelszone der Welt
3 geschaffen werden. Eine Freihandelszone im eigentlichen Sinne ist ein
4 wirtschaftlicher Zusammenschluss souveräner Staaten, in dem freier Waren-
5 und Dienstleistungsverkehr ohne Zoll- oder Mengenbeschränkungen möglich ist.
6 Die Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen werden
7 seit Mitte 2013 vornehmlich hinter verschlossenen Türen von Vertreter*innen
8 der Wirtschaft geführt.

9 Als Gründe, die für TTIP sprechen, werden ein massives Wachstum der
10 Wirtschaft in allen beteiligten Ländern sowie eine allgemeine Erhöhung der
11 Durchschnittseinkommen und ein Rückgang der Arbeitslosigkeit genannt.

12 Auf beiden Seiten des Atlantiks regt sich nun seitens Journalist*innen und NGOs
13 Widerstand gegen diese Pläne. Auch die Jugendorganisation BUND Naturschutz
14 stellt sich gegen das geplante transatlantische Freihandelsabkommen und die
15 undemokratischen Verhandlungen, vor deren Resultat nur zu warnen ist.

16 Aktuelle Verhandlungen

17 Etwa seit Mitte 2013 werden die Verhandlungen über die geplante
18 Freihandelszone geführt. Offizielle Verhandlungsführer seitens der Politik sind
19 der EU-Handelskommissar Karel de Gucht und der ehemalige Vize-
20 Finanzminister der USA, Stuart E. Eizenstat.

21 Den eigentlich entscheidenden Einfluss aber haben andere, so haben
22 Vertreter*innen der Wirtschaft als geladene "Experten" exklusiven Zugang zu
23 den Verhandlungen und den Verhandlungsunterlagen, der noch nicht einmal
24 Mitgliedern des Europaparlaments gewährt wird. Dieses Verfahren ist nicht nur
25 intransparent, sondern strenggenommen unzulässig. Die Bürger*innen nicht an
26 Verhandlungen mit solch weitreichenden Folgen teilnehmen zu lassen, ja diese
27 sogar zu verheimlichen, widerspricht dem Gedanken der Volkssouveränität und
28 ist damit in höchstem Maße undemokratisch. Es führt vor Augen, dass sich die
29 Ökonomie eigenmächtig über soziale und ökologische Fragen hinwegsetzt, die
30 einer öffentlichen Diskussion bedürfen.

31 Die Jugendorganisation BUND Naturschutz fordert deshalb öffentliche,
32 ergebnisoffene Verhandlungen, welche von demokratisch legitimierten
33 Politiker*innen geführt werden müssen, sowie die Anhörung nicht nur der
34 Wirtschaftsvertreter*innen, sondern auch der Umwelt- und
35 Verbraucherschutzverbänden.

36 Folgen des TTIP-Abkommens

37 Seit geraumer Zeit warnen Umwelt- und Verbraucherschutzverbände vor den

1 Folgen des TTIP-Abkommens. In der Tat wird der wirtschaftliche
2 Zusammenschluss von EU und USA weitreichende Konsequenzen für den
3 politischen und wirtschaftlichen Bereich sowie für Verbraucherrechte und
4 Umwelt haben.

5 **Angleichung der ökologischen und sozialen Standards**

6 Da die Zollbarrieren zwischen der EU und den USA schon weitgehend gefallen
7 sind, soll mit dem TTIP nun die nicht tarifären Handelshemmnisse abgebaut
8 werden, was so viel heißt, als dass die gesetzlichen Standards der jeweiligen
9 Länder „harmonisiert“, das heißt angeglichen würden. De facto würde dies die
10 Absenkung der Standards auf das kleinste gemeinsame Niveau bedeuten. Im
11 Vergleich zu jener in der USA, ist in Europa die Gesetzgebung bezüglich der
12 ökologischen und sozialen sowie der Verbraucherschutzstandards relativ streng.
13 So ist beispielsweise das umstrittene Fracking in Amerika bereits Gang und
14 Gebe, in weiten Teilen Europas, so auch in Deutschland, bleibt man wegen der
15 unvorhersehbaren Folgen skeptisch. Auch in der Herstellung und Verarbeitung
16 von Lebensmitteln herrschen in Europa weit strengere Regelungen. In den USA
17 sind gentechnisch veränderte Lebensmittel nicht deklarationspflichtig, in der EU
18 müssen sie ein strenges Zulassungsverfahren durchlaufen. Aber auch
19 Amerikaner*innen haben viel zu verlieren: so ist dort etwa die Zulassung von
20 Pharmazeutika viel strenger geregelt als in der Europäischen Union.

21 Wenn das transatlantische Freihandelsabkommen in der geplanten Form
22 geschlossen würde, müssten sich die Bürger*innen der Europäischen Union von
23 den hohen ökologischen und sozialen Standards, die sie gesetzlich vor der
24 Willkür der Konzerne schützen, verabschieden. Der Staat, der die Aufgabe hat,
25 seine Bürger*innen zu schützen, würde mit einem Freihandelsabkommen in der
26 derzeitigen Form seine Entscheidungskompetenz, inwieweit er in die Wirtschaft
27 eingreift und ihr gewisse Regeln auferlegt, an die Ökonomie abtreten.

28 Die der Wirtschaft auferlegten Regeln sind in der Europäischen Union im
29 Vergleich zu anderen Ländern relativ streng. Engagierte Bürger*innen haben
30 jahrzehntelang für diese gekämpft. Dieser Einsatz darf nicht umsonst gewesen
31 sein! Die Jugendorganisation BUND Naturschutz spricht sich entschieden gegen
32 die Deregulierung der Wirtschaft und für den Erhalt der ökologischen und
33 sozialen Standards, welche sozialer Ungerechtigkeit, der Gefährdung der
34 Gesundheit und der Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen
35 vorbeugen sollen, aus.

36 **Investitionsschutz**

37 Eine weitere Gefahr, vor der gewarnt wird, ist der Investitionsschutz.
38 Investor*innen und Großkonzerne hätten dann die Möglichkeit, einen Staat auf
39 Schadensersatz zu verklagen. Wenn die Gesetzeslage eines Landes bestimmte
40 wirtschaftliche Tätigkeiten nicht zulässt, so können private Firmen den Gewinn,
41 den sie mit der getätigten Investition erzielt hätten, einklagen. Begründet wird
42 dies damit, dass für optimalen Handel Investitionssicherheit für Konzerne
43 gegeben sein muss.

44 Über solche Fälle entscheiden dann so genannte Schiedsgerichte, die sich
45 lediglich aus drei Personen zusammen setzen. Wenn ein Konzern diesen
46 "Prozess" gewinnt, müssen häufig milliarden schwere Schadensersatzsummen

1 vom Staat übernommen werden, während das Instrumentarium des
2 Schiedsgerichtes an sich schon ausschließlich Konzernen einen Nutzen bringt.
3 Bei bereits bestehenden Freihandelsabkommen ist zu beobachten, dass diese
4 Schiedsgerichte in 70 Prozent aller Fälle zugunsten des klagenden Konzerns
5 entscheiden; die Anwäl*innen und Richter*innen rekrutieren sich aus einem
6 sehr kleinen Kreis von Personen, die willkürlich mal als Vertreter*in der
7 Wirtschaft, mal auf Seiten des Staates oder gar als dritte, unabhängige Person
8 fungieren. Auf diese Personen müssen sich die Konfliktparteien vorher geeinigt
9 haben.

10 Sollte ein solche Freihandelsabkommen wie TTIP beschlossen werden, würden
11 die Staaten ihre Souveränität aufgeben und sich einer nichtstaatlichen
12 Gerichtsbarkeit unterwerfen, die vollkommen willkürlich nach den Gesetzen des
13 freien Marktes entscheidet.

14 Mit dieser Aufgabe der Souveränität öffnen die Staaten einer unbegrenzten
15 Profitmaximierung, die letztlich die Steuerzahler*innen belastet, Tür und Tor.
16 Die Jugendorganisation BUND Naturschutz lehnt diese Art von nichtstaatlicher,
17 undemokratischer Gerichtsbarkeit entschieden ab.

18 **Entstaatlichung und Schmälerung der Demokratie**

19 Wir leben in einer sozialen Marktwirtschaft. Dies bedeutet, dass die Wirtschaft
20 zwar nach den Regeln des freien Marktes funktioniert, sie jedoch stets innerhalb
21 der gesetzlichen Rahmenbedingungen zum Schutze der Bürger*innen agieren
22 muss. Mit der irreversiblen Unterzeichnung von TTIP würden die Staaten
23 weitreichende Kompetenzen auf die Wirtschaft übertragen, die weit über den
24 Bereich des Ökonomischen hinausgingen. Das stellt klar eine Überschreitung der
25 Kompetenz des Gesetzgebers dar, weil bei dieser Entscheidung die Wirtschaft
26 sich der demokratischen Kontrolle weiter entziehen lässt.

27 Eine der gefährlichsten Klauseln des TTIP ist seine Auslegung als sogenanntes
28 "living agreement". Das bedeutet, dass die Angleichung weiterer Standards nicht
29 im Verhandlungstext festgelegt werden müssen, sondern auch gesondert
30 ausgehandelt werden können. Es beinhaltet, dass alle zukünftigen
31 Gesetzgebungsverfahren zum Umwelt- und Verbraucherschutz daraufhin
32 geprüft werden müssen, ob sie Einfluss auf den transatlantischen Handel haben
33 könnten. Damit gewinnen Wirtschaftslobbyverbände massiv an Einfluss, da sie
34 schon hier Einspruch gegen jeglichen neuen Schutzstandards einbringen können.
35 Das stellt eine massive Beeinträchtigung der legislativen Gewalt dar und kann
36 mit Recht als "Staatsstreich auf Raten" bezeichnet werden.

37 Die Jugendorganisation BUND Naturschutz prangert diese schleichende
38 Aushöhlung der Demokratie an und fordert deshalb die sofortige Aussetzung der
39 Verhandlungen.

40 **Bedrohung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft**

41 Mit der Überflutung des Marktes durch billig produzierte Lebensmittel mit
42 niedrigeren Umwelt- und Tierschutzstandards wird die kleinbäuerliche
43 Landwirtschaft einer übermächtigen Konkurrenz ausgesetzt. Die Güter werden
44 dann zu Preisen angeboten werden, zu denen Bäuerinnen und Bauern mit
45 kleinen Betrieben nicht mehr produzieren können; durch den Preisverfall

1 werden regionale, kleinbäuerliche Strukturen Schritt für Schritt zerstört werden.
2 Seit Jahren kämpft die Jugendorganisation BUND Naturschutz gegen die weltweit
3 agierende Agrarindustrie. Wir legen auf die Regionalisierung der
4 Lebensmittelproduktion und den Erhalt der kleinbäuerlichen Landwirtschaft
5 großen Wert; die Menschen sollen einen Bezug zu ihren Lebensmitteln haben
6 und bewusst und nachhaltig konsumieren. Auch aus diesem Grund steht die
7 Jugendorganisation BUND Naturschutz dem geplanten transatlantischen
8 Freihandelsabkommen ablehnend gegenüber.

9 **Abschließende Positionen und Forderungen**

10 Aus den genannten Gründen und Folgerungen fordert die Jugendorganisation
11 BUND Naturschutz den Handelskommissar Karel de Gruucht, den Präsidenten
12 des Europäischen Parlaments Martin Schulz, sowie die Vertreter*innen der
13 Bundesregierung zu Folgendem auf:

- 14 • Das sofortige Aussetzen der Verhandlungen über das geplante
15 transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA
- 16 • Das Offenlegen aller bis dato verhandelten Punkte
- 17 • Den Erhalt und Schutz der ökologischen und sozialen Standards
- 18 • Die Ablehnung aller Investitionsschutzklauseln und die Streichung dieser
19 aus allen bestehenden Freihandelsabkommen
- 20 • Den Schutz der kleinbäuerlichen, ökologischen Landwirtschaft